

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heuseallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pöbn d

Inhalt

Herta Däubler-Gmelin MdB,
Stellvertretende Vorsit-
zende der SPD-Bundestags-
fraktion, verurteilt das
Kesseltreiben der Union
gegen die Paragraph 218-
Reform: Aktive Stimmungs-
mache. Seite 1

Hajo Hoffmann MdB ent-
wickelt Thesen zur deut-
schen Frage: Die sensible
Schnittstelle zwischen
Ost und West beruhigen.
Seite 3

Konrad Gilges MdB fordert
dazu auf, die Arbeitslo-
sen zu aktivieren: Die
Chance der politischen
Bewußtseinsbildung nutzen.
Seite 5

Freimut Duve MdB setzt
sich dafür ein, daß die
Kunst ihre volkswirt-
schaftliche Bedeutung be-
tont: Thesen zur Kultur-
politik. Seite 7

Gerd Walter MdEP be-
schreibt, warum sich Kohl
und Censcher als europä-
politische Großsprecher
erweisen: Europas Umwelt-
schützer Nummer 1?
Seite 9

38. Jahrgang / 111

14. Juni 1983

Aktive Stimmungsmache

Die Union setzt das Kesseltreiben gegen die § 218-Reform
fort

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion

Die CDU ist sich treu geblieben: Es vergeht kaum eine Wo-
che, in der sie nicht aktiv die Stimmungsmache gegen die
Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch die
gesetzlichen Krankenkassen anheizt.

Während es der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung
noch für "umstritten" hielt, Notlagenindikationen über die
Krankenkassen abzuwickeln, und aus einer anhängigen Ent-
scheidung des Bundesverfassungsgerichts "gebotene Konse-
quenzen" ziehen will, gehen seine süddeutschen Parteifreunde
entschieden weiter. Der bayerische Ministerpräsident for-
dert gesetzliche Änderungen auch dann, wenn Karlsruhe die
bestehenden Regelungen für rechtens erklärt. Die baden-
württembergische CDU hat beschlossen, die Kosten der sozial
indizierten Schwangerschaftsabbrüche aus dem Leistungskata-
log der gesetzlichen Krankenversicherung herauszunehmen.

Dahinter steht die stark vereinfachte Überlegung, in einer
Wohstandsgesellschaft dürfe es Schwangerschaftsabbrüche
aus einer Notlagenindikation nicht mehr geben, denn Notla-
genindikationen seien ja immer "nur" finanzieller Art. Schon
diese Gleichsetzung ist falsch. Es gibt viele Seiten einer
Notlage, in der Frauen sich durch eine weitere Schwanger-
schaft hoffnungslos überfordert fühlen.

Auf die Frauen selbst, auf die Ausweglosigkeit ihrer Lage
kommt es an, nicht auf das, was Außenstehende aus ihrer
ganz anderen Situation heraus, mit ihren Vorurteilen und
ohne Kenntnis der Einzelheiten hier glauben meinen zu müs-
sen.



Und nochmals zu finanziellen Überlegungen: Doppelt heuchlerisch ist, wer bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und tiefgreifenden Einschnitten in die Transferleistungen gerade für Familien Notlagen vereinfacht interpretiert. Der sollte dann wenigstens für eine nachhaltige und durchgreifende finanzielle Bereinigung dieser Probleme sorgen.

Wenn der bayerische Ministerpräsident die bestehende Kostenübernahme der Schwangerschaftsabbrüche als "geistiges und finanzielles Erbe der liberal-sozialistischen Koalition" bezeichnet, dann muß er aufpassen, daß die politische Grundhaltung der Union nicht auch auf diesem Feld nur die Probleme der finanziell gutsituierten Frau berücksichtigt. Ihr soll der selbstfinanzierte Facharzt vorbehalten bleiben, alle anderen Frauen werden auf billigere, gesundheitlich riskante Abbrüche verwiesen - mit den seit Jahrzehnten bekannten Spätfolgen. Aber diese werden dann - wie in der Vergangenheit auch - von einer christlichsozialen CDU/CSU einfach totgeschwiegen. Welch eine Heuchelei!

Die Sozialdemokraten halten an der von ihnen durchgesetzten Gesamtreform des Paragraphen 218 - der Strafrechtsänderung und den sozialergänzenden Maßnahmen - fest. Wir wissen aus vielen Beratungsgesprächen mit Frauen, daß sie in Ihren Notlagen-situationen auf diese Hilfen nicht verzichten können. (-/14.6.1983/ks/ca)

+ + +



17. Juni: deutsche Frage zwischen den Blöcken

Die sensible Schnittstelle zwischen Ost und West beruhigen

Von Hajo Hoffmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Zitat aus dem Godesberger Programm vom November 1959:

"Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert noch verwendet werden dürfen."

Thesen:

1. Die europäische Frage des Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen kann nur sinnvoll auf der Basis der historischen Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs gestellt und beantwortet werden; durch diesen historischen Einschnitt haben Amerikaner und Sowjets den Krisen- und Kriegsherd Europa zur Ruhe gezwungen, ihn aber auch zur Schnittlinie ihrer hegemonialen Interessen werden lassen. Die Entstehung von NATO und Warschauer Pakt, ihre heutige Funktionsfähigkeit und ihre mögliche spätere Überflüssigkeit ist deshalb gleichzeitig auf zwei Ebenen zu prüfen: Auf der politisch-historisch und auf der militär-strategischen. (Ausgangsstufe)
2. Nach der europäischen Etablierung der Blöcke, nach der Phase des Kalten Krieges und im Anschluß an die Erfolge der Entspannungspolitik ist es in der heutigen Phase zunehmender Konfliktverschärfung schon ein Erfolg für Europa, den Besitzstand an Entspannung zu bewahren. Das kann nur gelingen, wenn die Europäer nicht in den Sog amerikanischer-sowjetischer Rivalität gezogen werden. (Stufe 1)
Verändert sich die Rolle der Militärbündnisse in die Richtung, daß Mitteleuropa zum Konflikt-Stellvertreter wird, daß also die Großmächte dieses Territorium zur Geisel und zum potentiellen Kriegsschauplatz erklären, so wird damit die Geschäftsgrundlage der Verträge auf den Kopf gestellt.
3. Eine selbstbewußte, bescheidene und berechenbare Rolle der Westeuropäer im westlichen Bündnis und der Osteuropäer im östlichen Bündnis muß deutlich machen, welche Interessenunterschiede zur jeweils befreundeten Großmacht vorhanden sind. Eine wachsende Eigenständigkeit der paktgebundenen Mittel- und Kleinstaaten gegenüber den USA und der UdSSR ist Voraussetzung zur beginnenden Europäisierung Europas. (Stufe 2)
So ist es zum Beispiel mit unserem bundesdeutschen Interesse und unserer Eigenständigkeit unvereinbar, wenn wir einerseits Zielobjekt der gigantischen SS-20-Aufrüstung durch die UdSSR werden und wenn wir andererseits durch amerikanische Pershing II und Cruise Missiles - ohne daß es zwischen beiden Aufrüstungsschritten einen militärtechnischen Sinn gibt - zur Raketenbasis "westliches Kuba" (analog zur Kuba-Krise 1962) werden.
4. Ostpolitik war nur möglich unter der Respektierung der Grenzen und der Machtverhältnisse in den Blöcken. Gleichzeitig weist sie über die Blöcke hinaus: Durch intensiven Ausbau der gegenseitigen Beziehungen auf wirtschaftlichem, technisch-wissenschaftlichem, kulturellem, sportlichem und touristischem Gebiet werden sich die friedlichen Beziehungen stabilisieren können und kann die innenpolitische Bewegungsfreiheit der östlichen Staaten gegenüber der Sowjetunion erweitert werden - unter der Bedingung außen- und verteidigungspolitischer Loyalität. (Stufe 3)



Dies läuft einer nüchternen Interpretation sowjetischer Wirtschaftsinteressen nicht entgegen, setzt aber eine ideologisch flexiblere Haltung Moskaus voraus. Auch den amerikanischen Wirtschaftsinteressen widerspricht das nicht. Beiderseits muß es aber zu ideologischer Entkrampfung kommen. Militärische Gleichgewichtsformeln oder gar Überlegenheitsansprüche sind bei heutiger Militärtechnik töricht und tödlich.

5. Eine weitere Beruhigung der sensiblen Schnittstelle zwischen Ost und West kann durch Ablösen der alliierten Stationierungsrechte auf deutschem Boden (Ausnahme: Berlin) und durch Verzicht von Stationierung und Lagerung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen in Deutschland erreicht werden. (Stufe 4)
Der Abzug von Atomwaffen bedarf - im Gegensatz zur vielveröffentlichten Meinung - keiner konventionellen Aufrüstung des Westens. Selbst im traditionellen Gleichgewichts-Gedankengebäude ist diese Forderung unsinnig, da seit 1979 die Verfügbarkeit amerikanischer Soldaten und Waffen auf dem europäischen Kontinent erheblich gesteigert wurde und diese Tendenz ungebrochen anhält (zum Beispiel NATO-Infrastruktur-Programm; War-time-host-nation-support...). Während der Abzug der Atomwaffen von bundesdeutschem Territorium ohne militärischen und politischen Nachteil auch einseitig erfolgen kann, bedarf die Verringerung konventioneller Truppen einer Verabredung in Stufen.
6. Ein beruhigtes und prosperierendes Gesamt Europa könnte eine Friedensordnung unter der Garantie Moskaus und Washingtons (also nicht gegen deren Willen) erhalten, die der NATO und dem Warschauer Pakt keinen Ewigkeitswert mehr verleihen würde. Der Gedanke, ein einseitiges Herauslösen der DDR aus dem Warschauer Pakt oder der Bundesrepublik aus der NATO sei durchsetzbar und bringe eine positive Veränderung der Sicherheitslage für den jeweiligen Staat, hat auf der Basis der Machtverhältnisse und der Großmachtneurosen von USA und UdSSR wenig intellektuellen Charme.
7. Die mögliche neue Kraft Europas und die Entlastung der Großmächte von ihrer europäischen Aufrüstungshysterie bilden die Voraussetzung für einen wirksamen Nord-Süd-Dialog, der die Entwicklungsländer in ihren eigenen Lebensinteressen anerkennt und sie nicht im Ost-West-Gegensatz vergewaltigt. Gleichzeitig ermöglichen die freiwerdenden Energien, die sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme Europas erfolgreicher anzupacken. (Stufe 5)
8. Die Zukunft der staatlichen Organisation der Deutschen ist mit dieser möglichen Entwicklung nicht definiert. Alternative Wege auf der Grundlage der vorangegangenen fünf Stufen können sein:
 - a/ zwei befreundete konkurrierende selbständige und souveräne Staaten auf deutschem Boden unter Respektierung der Sonderrolle ganz Berlins oder
 - b/ eine Fürderation zweier Staaten oder
 - c/ eine Vereinigung.
 Diese Entwicklung kann nur durch das Recht auf Selbstbestimmung nachfolgender Generationen geprägt werden und setzt das Verblässen der Angst west- und osteuropäischer Staaten vor einem deutschen Übergewicht voraus.
9. Jede sichtbare Alternative zu dieser Entwicklung schließt mit ein, daß der Gegensatz zwischen Ost und West, wie zunehmend auch der Gegensatz zwischen Nord und Süd, zur kriegerischen Selbsterstörung führt - mindestens aber zur ökonomischen, ökologischen und sozialen Verarmung. (-/14.6.1983/ks/ca)

+ + +



Arbeitslose aktivieren

Die Chance der politischen Bewußtseinsbildung nutzen

Von Konrad Gilges MdB

Zwei Demonstrationen gegen die Arbeitslosigkeit am gleichen Tage: die europäischen Gewerkschaften marschieren in Stuttgart, die Arbeitsloseninitiativen in Bonn. Und schon wieder bauen interessierte Kreise den Popanz auf: Wie halten es die Arbeitsloseninitiativen mit den Gewerkschaften? Schon in der Diskussion vor dem ersten bundesweiten Kongreß der Arbeitslosen(-initiativen) vom 2. bis 5. Dezember 1982 in Frankfurt war versucht worden, den Kongreß inhaltlich-politisch und finanziell zu gefährden. Als gäbe es einen Unterschied zwischen gewerkschaftlich-organisierten und gewerkschaftlich nicht-organisierten Arbeitslosen!

Angesichts von 2,3 Millionen Arbeitslosen tut es not, daß Arbeitslose und die, die noch Arbeit haben, für das Recht auf Arbeit demonstrieren. "Die Deutsche Arbeiterbewegung kann stolz darauf sein, daß sie die Humanisierung der Arbeit auf ihr Programm gesetzt hat. Aber die Humanisierung der Arbeit darf nicht an der Enthumanisierung durch Arbeitslosigkeit vorbeigehen." Dies sagte Marie Jahoda in ihrem Grußwort auf dem Münchner SPD-Parteitag im April 1982. Marie Jahoda hatte an der beeindruckenden Studie über die Arbeitslosigkeit in Marienthal mitgearbeitet und im Rückblick auf die Marienthaler Erlebnisse stellte sie für die betroffenen Arbeitslosen fest: "Die Zeit und das Leben hatten ihren Sinn verloren. Der ganze Ort war von tiefer Resignation befallen. Die Menschen fühlten sich überflüssig und vom normalen Leben ausgeschlossen." Und: "Was die Arbeitslosigkeit unterbricht, ist die Bindung an die gesellschaftliche Realität. Wenn dieses Band zerrissen wird, dann verlieren sich die Menschen in Tagträumen, verlieren ihr Selbstvertrauen und sind bereit, den fantastischen Versprechungen von Demagogen Glauben zu schenken, wie wir es nur allzu gut aus der Katastrophe der Vergangenheit wissen." Und da sollen wir uns heute einer Diskussion nach dem Motto hingeben, "wie halten es die Arbeitsloseninitiativen mit den Gewerkschaften"?

Für die Arbeitgeberbewegung geht es heute darum, der Aufteilung in zwei Klassen, in die, die Arbeit haben und die, die keine haben, offensiv zu begegnen. Es gibt nicht das "Schicksal Arbeitslosigkeit". Es gilt vielmehr, die Ursache der Arbeitslosigkeit, die kapitalistische Wirtschaftsgesellschaft zu benennen. Unser strategischer Ansatz muß dabei die Verkürzung der Arbeitszeit sein. "Die konstruktiven Erlebniskategorien sind nicht an die Vierzig-Stundenwoche gebunden", sagte Marie Jahoda in München zu Recht. Und es geht nicht um die akademische Diskussion, ob die 35-Stunden-Woche nun eine Millionen oder 1, 5 Millionen Arbeitsplätze neu schafft. Arbeitszeitverkürzung ist für uns Sozialdemokraten und Gewerkschafter eben nur ein Mittel, neben vielen anderen, Arbeit zu schaffen.

Kürzungen des Arbeitslosengeldes, Kürzungen der Sozialhilfe, Einführung von Karenztagen und so weiter, wie sie Vertreter der Rechtskoalition offen fordern, sind Angriffe auf alle. Da wird es zur Perversion, wenn Rudolf Bahro, ein Exponent der Grünen, glaubt, mit den Arbeitslosen sein Spiel treiben zu können. Welche irrtümliche und gefährliche Schlußfolgerung, erst fünf Millionen Arbeitslose schafften den Ausstieg aus diesem "Industriesystem". In Wirklichkeit schwächt jeder Arbeitslose mehr die politische Stellung der Gewerkschaften in dieser Gesellschaft.



Zur Situation der Arbeitsloseninitiativen sagte damals ein Frankfurter Teilnehmer: "Viele Initiativen sind bei den Kirchen entstanden. Andere sind autonome, unabhängige Selbsthilfegruppen, zum Teil mit der Gewerkschaft verbunden, zum Teil auch völlig auf sich allein gestellt. Eine letzte Gruppe der Initiativen ist in letzter Zeit bei den Gewerkschaften entstanden. Von der direkten Selbsthilfe über eigene Arbeits- und Ausbildungsprojekte bis hin zu mehr politischer Aktionstätigkeit sind verschiedene Schwerpunkte der Initiativen vorhanden, die oft auch in einer Initiative miteinander verbunden sind. Arbeitsansätze und politische Meinungen sind in den Initiativen und untereinander vielfältig. Das ist gut so. Es wäre ungesund, alles in eine Schablone zu pressen." Diese letzte Schlußfolgerung mag in der Vergangenheit durchaus richtig gewesen sein. Doch jetzt muß sich die Frage der gemeinsamen Organisation, im Interesse einer größtmöglichen Kampfkraft stellen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat aus der Situation die richtige Schlußfolgerung gezogen. Der ordentliche DGB-Bundeskongreß im Mai 1982 beschloß: "Die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften werden aufgefordert, die Einbeziehung arbeitsloser Kolleginnen und Kollegen in die gewerkschaftliche Arbeit zu verbessern. Dabei kommt der gewerkschaftlichen Informations-, Beratungs- und Bildungstätigkeit eine besondere Bedeutung zu. DGB-Bundesvorstand, Landesbezirke und Kreise sind zur Unterstützung dieser Arbeit aufgerufen. In den DGB-Kreisen ist zu prüfen, ob gewerkschaftliche Arbeitskreise für arbeitslose Arbeitnehmer gebildet werden können."

Die DGB-Jugend ging sogar in Anbetracht ihrer besonderen Situation, der Betroffenheit durch fast 200.000 arbeitslose junge Menschen über diese Forderung hinaus, indem sie beantragte, "Arbeitslosen, die nicht die Möglichkeit hatten, Mitglied einer DGB-Gewerkschaft zu werden, soll dies ermöglicht werden". Erste aktionsbezogene Ansätze hatte die DGB-Jugend bereits mit dem "Dorf junger Arbeitsloser" und dem ersten "Arbeitslosen-Marsch" in Hessen gemacht.

Mir hat die Erfahrung gezeigt, daß Arbeitslose gerade bei Jugendlichen Betroffenheit für die Situation der Arbeitslosen herstellen und damit zu gemeinsamen Vorgehen gegen die Ursachen der Arbeitslosigkeit werben können. Diese Chance für politische Bewußtseinsbildung muß weiter betrieben werden. Dem weit verbreiteten, und immer wieder von dieser Regierung propagierten Urteil, "wer arbeiten will, findet auch welche", muß entgegengewirkt werden. Und es muß auch immer wieder vor denjenigen "Selbsthilfe-Fetischisten" gewarnt werden, die Arbeitsloseninitiativen mit "Beschäftigungstherapie" für Arbeitslose verwechseln.

(-/14.6.1983/vo-he/ca)

+ + +



Thesen zur Kulturpolitik

Auch die Kunst muß ihre volkswirtschaftliche Bedeutung betonen

Von Freimut Duve MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Kunst und Kultur" der SPD-Bundestagsfraktion

1. Kunst und Kultur haben schon in der Vergangenheit eine große, aber weitgehend ignorierte volkswirtschaftliche Bedeutung gehabt.

Künstler, Träger kultureller Einrichtungen und Kulturpolitiker haben es versäumt, den bedeutenden Anteil von Kunst und Kultur an der Volkswirtschaft ins öffentliche Bewußtsein zu bringen. Eine idealistisch bestimmte kulturelle Keuschheit versperrt oft den Blick für die reale Verknüpfung von Wirtschaft und Kunst, für den unersetzbaren Beitrag von Kunst für die Innovationskraft unserer Gesellschaft, aber auch für ihren unmittelbaren Anteil an Arbeitsplätzen und Wertschöpfung.

Die notwendige neue Betonung der wirtschaftlichen Relevanz von Kunst und Kultur darf aber die eigentliche historische, gesellschaftliche und zukunftsorientierte Bedeutung künstlerischen Schaffens nicht verdrängen. Im Gegenteil: Gerade eine nüchterne Einschätzung wirtschaftlicher Relevanz kann die notwendige Diskussion auch über problematische Entwicklungen auf diesem Gebiet versachlichen.

2. Liberalität, kulturelle Vielfalt und kritische Auseinandersetzung mit dem Bestehenden drohen unter dem Druck geistig-moralischer Wende-Politik zugunsten einer affirmativen und gefahrlosen Zerstreungs- und Unterhaltungskultur eingeschränkt zu werden.

Die massiven politischen Angriffe auf künstlerische und intellektuelle Ausdrucksformen (Franz Josef Strauß am 29. Januar 1983: "Kulturelle Entartung"; Richard Stücklen: die Beschwörung alter Burschenherrlichkeit als tragendes Element der Wende), die Versuche nachträglicher Bestrafung von ungemahnten Filmemachern (Zimmermann gegen Achternbusch) erzeugen ein Klima der Defensive.

3. Verteilungskämpfe nehmen in einer wirtschaftlich kritischen Situation zu. Eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, deren unverhülltes Ziel die Umverteilung der Mittel von unten nach oben und der Lasten von oben nach unten ist, gefährden zwangsläufig die Freiräume von Kunst und Kultur.
4. Zugleich werden auf die Kommunen (die eigentlichen Träger der kulturpolitischen Anstrengungen in der Bundesrepublik) soziale Kosten abgewälzt, die die kulturellen Einrichtungen zusätzlich in wachsende Verteidigungs- und Rechtfertigungszwänge verwickeln.

Die dramatische Entwicklung bei der finanziellen Ausstattung der Bibliotheken ist ein Signal auch für andere Einrichtungen wie Museen, Theater, Musikschulen, die Förderung von kulturellen Alternativen et cetera.



5. Alle diese kulturellen Einrichtungen werden zudem von den strukturellen Veränderungen der Bewußtseins- und Kulturindustrie bis hin zu elektronischen Produktions- und Verbrauchsformen in Mitleidenschaft gezogen.

Lesekultur, auf die Wirklichkeit bezogene Wahrnehmungsfähigkeit der Menschen werden beschädigt, wenn Kulturpolitik diesem Prozeß nicht entgegensteuert.

6. Diese Entwicklungen zeigen, daß Kunst und Kultur sich nur behaupten können, wenn die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen auch auf die Erfordernisse von Kunst und Kultur Rücksicht nehmen. Kulturpolitik muß also in steuerrechtliche, wirtschaftliche und strukturpolitische Entscheidungen hineinwirken.

Die Arbeitsgemeinschaft "Kunst und Kultur" der SPD-Fraktion wird alle von den Künstlerverbänden diskutierten steuerrechtlichen Vorschläge sorgfältig prüfen.

7. Auch der Bund muß sich seiner kulturpolitischen Gesamtverantwortung stellen:

- durch aktive Unterstützung und Ausweitung der Kunstfonds
- durch materielle Sicherung der Künstler
- die Künstlersozialversicherung muß von ideologisch geführten Frontalangriffen freigehalten werden
- durch kunstfreundliche steuerliche Rahmenbedingungen
- die auswärtige Kulturpolitik darf nicht eingeengt, sondern muß fördernd ausgebaut werden
- wichtige kulturelle Bereiche, die an Bedeutung zunehmen, bisher aber stiefmütterlich behandelt wurden, bedürfen der Unterstützung.

Beispiel:

Rahmenbedingungen für die Arbeit von Zirkusunternehmen (Sondertarife bei der Bundesbahn, steuerliche Gleichbehandlung wie Theater, Schaffung einer Ausbildungs- und Schulungsstätte für die Nachwuchsförderung). (-/14.6.1983/ks/ca)

+ + +



Europas Umweltschützer Nr. 1 ?

Kohl und Genscher erweisen sich als europapolitische Großsprecher

Von Gerd Walter MdEP

Stellvertretender Obmann der SPD-Europaabgeordneten

Selten war der Gegensatz zwischen europapolitischer Großsprechererei und politischen Taten so groß wie bei der derzeitigen Bundesregierung in Bonn. Das ist besonders schlimm, weil Kohl und Genscher derzeit die Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft haben. Wer selbst ein schlechtes Beispiel gibt, wird auch kaum Aussicht haben, die europäischen Partnerstaaten in Richtung Fortschritt zu drücken.

Das gilt zum Beispiel für Maßnahmen der EG gegen das Waldsterben. Mit großem Propaganda-aufwand hat die Bundesregierung dieses Thema auf die Tagesordnung des EG-Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs gesetzt, das vom 17. bis 19. Juni in Stuttgart stattfindet. Dagegen kann niemand etwas haben. Im Gegenteil.

Vorausgesetzt allerdings, die Sache wäre wirklich ernst gemeint. Und da sind erhebliche Zweifel angebracht, weil dieselbe Bundesregierung, die landauf landab europäische Maßnahmen gegen das Waldsterben fordert, gerade eine große Chance dazu ausgelassen hat: Rund 500 Millionen Mark hat die Bundesrepublik nämlich aus der EG-Kasse für energiepolitische Maßnahmen bekommen. Damit wäre der Weg frei gewesen für Maßnahmen zur Senkung des Schwefeldioxid-Ausstoßes aus alten Kraftwerken.

Einer der wichtigsten Ursachen des Waldsterbens hätte man damit zu Leibe rücken können. Und so ganz nebenbei hätte man auch noch Arbeitsplätze schaffen können. Wenn man nur die Hälfte der Gelder als Investitionszulage für den Einbau von Filteranlagen verwendet hätte, wäre ein wichtiger Schritt gegen die Luftverschmutzung getan worden. Man hätte - aber man hat nicht. Nach dem Motto "Es merkt ja keiner" haben die Herren Kohl und Genscher die Millionen anders verplant.

Der größte Brocken entfällt auf Subventionen für die Produktion von Koks- und Kohle. Und der zweitgrößte - immerhin stolze 190 Millionen DM - Betrag fließt in zwei Kernkraftprojekte: Die Bonner CDU/FDP-Regierung stopft damit nämlich die Finanzierungslöcher beim Schnellen Brüter in Kalkar und beim Hochtemperatur-Reaktor in Schmehausen.

Die Folge: Die Modernisierung der alten Kohlekraftwerke bleibt wieder einmal liegen. Für Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft gegen die Luftverschmutzung fehlen notwendige Finanzmittel. Und die Forderung nach europäischen Maßnahmen gegen das Waldsterben wird unglaubwürdig.

Wie sich Bundeskanzler Kohl unter diesen Umständen auf dem Stuttgarter Gipfel als Umweltschützer Nummer eins in Europa präsentieren will, das bleibt sein Geheimnis. Und erst recht gilt das für die Frage, wie eine konzertierte EG-Aktion jetzt noch zustande kommen kann. Denn nicht nur die Bundesregierung hat mit dieser Finanzoperation eine Chance vertan. Auch Großbritannien hat erhebliche Mittel von der EG für die Energiepolitik bekommen und sie genauso wenig umweltfreundlich eingesetzt.

Übrigens hätte es das Europäische Parlament in der Hand gehabt, den Deutschen und Engländern vorzuschreiben, daß diese EG-Millionen vor allem für die Modernisierung von Kohlekraftwerken und damit gegen das Waldsterben einzusetzen sind. Da hat das Parlament nämlich das letzte Wort. Die Sozialistische Fraktion hat das auch beantragt. Aber eine Mehrheit von Liberalen und Christdemokraten, Konservativen und Kommunisten war dagegen. Es war ein Sieg für die Kernkraft-Lobby.

Was wieder einmal zeigt, daß es nicht gleichgültig ist, wie die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament sind. Im nächsten Jahr sind Europa-Wahlen.

(-/14.6.1983/va-he/ca)

+

+

+

